

## **Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen**

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia

In: IAQ-Report / 2009-05

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/45634>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20180313-155518-6>

Link: <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=45634>

## Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen

### Auf den Punkt...

- Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland lag 2007 um rund 350.000 höher als noch 2006.
- Unter allen abhängig Beschäftigten lag der Anteil von Niedriglöhnen 2007 bei 21,5% – d.h. mehr als jede/r Fünfte arbeitete für einen Stundenlohn unterhalb der Niedriglohnschwelle.
- Der Anteil ist damit trotz der deutlichen Zunahme der Betroffenen im Vergleich zu 2006 nur leicht gestiegen, weil auch die Beschäftigung insgesamt zugenommen hat.
- Gleichzeitig franst das Lohnspektrum nach unten aus, Stundenlöhne von weniger als 6 € brutto sind längst keine Seltenheit mehr.
- Die Durchschnittslöhne im Niedriglohnsektor sind inflationsbereinigt gegenüber 1995 nicht gestiegen und in Westdeutschland in den letzten Jahren sogar nominal gesunken.

### Einleitung

Während Deutschland lange für seine ausgeglichene Einkommensstruktur bekannt war, ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gestiegen, wie mehrere Studien in den vergangenen Jahren deutlich gemacht haben (Rhein/Stamm 2006; Brenke 2006; Kalina/Weinkopf 2006, 2008a und b; Bosch/Kalina 2007).

Für 2007 kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zu dem Schluss, dass eine Trendumkehr zu verzeichnen sei. Die Lohndifferenzierung nach unten habe sich nicht weiter fortgesetzt (vgl. Brenke 2008). Auch nach unserer Analyse hat sich der Niedriglohnanteil in Deutschland im Jahr 2007 gegenüber 2006 nur geringfügig erhöht. Aufgrund der Beschäftigungszunahme gegenüber 2006 waren im Jahr 2007 aber gleichwohl mehr Beschäftigte von Niedriglöhnen betroffen (rund 350.000). Wir halten es daher für nicht angemessen, von einer „Trendumkehr“ zu sprechen. Dagegen spricht auch, dass innerhalb des Niedriglohnsektors ein Trend zu sinkenden Durchschnittslöhnen und einer zunehmenden Lohnspreizung nach unten erkennbar ist, wie die weiteren hier vorgenommenen Analysen zur Lohnentwicklung im Niedriglohnsektor deutlich machen.

## Umfang der Niedriglohnbeschäftigung

Datengrundlage unserer Längsschnittauswertungen ist das sozio-ökonomische Panel des DIW (SOEP) mit den Samples A bis F und H. Die Berechnungen beziehen sich auf alle abhängig Beschäftigten (einschließlich sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit und Minijobs). Bestimmte Kategorien von Beschäftigten, für die sich Stundenlöhne nicht sinnvoll berechnen lassen oder für die spezielle Entlohnungsregelungen gelten, wurden aus der Analyse ausgeklammert.<sup>1</sup> Ebenfalls ausgeschlossen wurden Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen, weil diese Gruppen üblicherweise nur einer Nebenbeschäftigung nachgehen.<sup>2</sup> Diese Vorgehensweise führt dazu, dass unsere Ergebnisse zum Umfang des Niedriglohnsektors in Deutschland diesen eher unter- als überschätzen.

Als Niedriglohnschwelle verwenden wir den OECD-Standard von zwei Drittel des Medianlohns. Für Deutschland stellt sich bezogen auf dieses Maß die Frage, ob aufgrund der erheblichen Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zwei getrennte oder eine einheitliche Niedriglohnschwelle berechnet werden soll. In Tabelle 1 stellen wir zunächst die Ergebnisse beider Berechnungsvarianten vergleichend gegenüber. Dabei wird deutlich, dass die Werte für Gesamtdeutschland relativ nah beieinander liegen, es aber bezogen auf das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland einen erheblichen Unterschied macht, welche Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt wird.

**Tabelle 1: Niedriglohnschwellen (Brutto) und Anteil der Niedriglohnbeschäftigten (2007, alle abhängig Beschäftigten inklusive Teilzeit und Minijobs)**

		Getrennte Niedriglohnschwellen für Ost und West	Einheitliche Niedriglohnschwelle
<b>Niedriglohnschwelle (brutto pro Stunde)</b>		9,62 € (West) 7,18 € (Ost)	9,19 €
<b>Niedriglohnanteil</b>	Westdeutschland	21,1%	18,8%
	Ostdeutschland	23,5%	40,1%
	Deutschland	21,5%	22,4%
<b>Niedriglohnbezie- hende absolut (in Millionen)</b>	Westdeutschland	5,4	4,8
	Ostdeutschland	1,1	2,0
	Deutschland	6,5	6,8

Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnungen

Die differenzierten Niedriglohnschwellen im Jahre 2007 lagen in Westdeutschland bei 9,62 € und in Ostdeutschland bei 7,18 € pro Stunde. Unsere Berechnungen haben ergeben, dass in

<sup>1</sup> Ausgeschlossen wurden Selbständige und Freiberufler/innen, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende, Praktikant/innen, Personen in Umschulung und Rehabilitation, Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen, Beschäftigte in Behindertenwerkstätten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie Beschäftigte in Altersteilzeit.

<sup>2</sup> An einigen Stellen wird die Niedriglohnbeschäftigung differenziert nach Stundenlohnstufen ausgewertet. In diesen Berechnungen sind Schüler, Student/innen und Rentner/innen enthalten, worauf gesondert hingewiesen wird.

Westdeutschland 21,1% und in Ostdeutschland 23,5% der Beschäftigten im Jahre 2007 Verdienste unterhalb dieser Schwelle erzielten. Für Gesamtdeutschland ergibt sich hieraus ein Niedriglohnanteil von 21,5%. Berechnet man hingegen eine bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle, so liegt diese bei 9,19 € pro Stunde und der Niedriglohnanteil für Deutschland insgesamt bei 22,4%. Dass der Niedriglohnanteil gemessen an einer bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle höher liegt als bei getrennter Betrachtung für Ost- und Westdeutschland resultiert vor allem daraus, dass in Ostdeutschland 40,1% der Beschäftigten Stundenlöhne unterhalb dieser gesamtdeutschen Schwelle von 9,19 € erzielten.

Bezogen auf die Gesamtzahl der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland liegen die Ergebnisse der beiden Berechnungsvarianten mit 6,5 bzw. 6,8 Millionen Betroffenen im Jahr 2007 sehr nah beieinander. Deutliche Unterschiede bestehen hingegen in der Verteilung der Niedriglohnbeschäftigten zwischen Ost- und Westdeutschland. Wir haben in den folgenden Auswertungen zwei getrennte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland zugrunde gelegt. Dieser Ansatz ist in Bezug auf den Umfang der Niedriglohnbeschäftigung die konservative Schätzvariante und stellt überdies sicher, dass die Strukturanalysen (Tabelle 2) nicht durch die Einbeziehung eines großen Teils des ostdeutschen Arbeitsmarktes verzerrt werden.

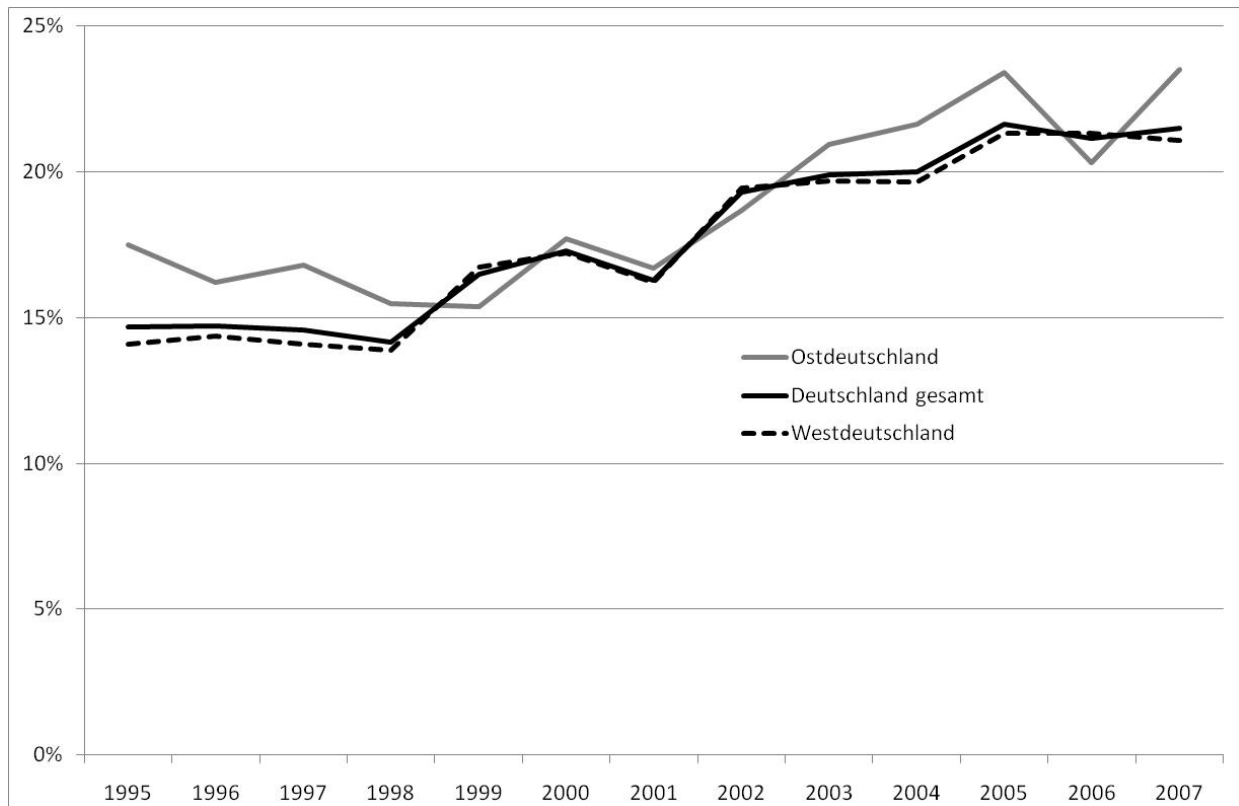
### **Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung in langfristiger Perspektive**

Abbildung 1 gibt einen Überblick über die zeitliche Entwicklung des *Anteils* der Niedriglohnbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten. Die Abbildung umfasst den Zeitraum ab 1995 und zeigt, dass die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland ab 1998 deutlich zugenommen hat (vgl. auch Bosch/Kalina 2007).<sup>3</sup> Die gesamtdeutsche Niedriglohnquote ist zwischen 1998 und 2007 von 14,2 auf 21,5% gestiegen.

---

<sup>3</sup> Als Erklärung für den leichten Bruch in der Zeitreihe für Ostdeutschland 2006 könnten zwei Faktoren eine Rolle spielen: Zum einen werden vom Statistischen Bundesamt seit 2005 Angaben für Berlin nicht mehr nach Ost- und Westberlin getrennt ausgewiesen. Hierdurch waren nach Angaben des DIW Anpassungen im Hochrechnungsrahmen notwendig. Zum anderen wurde 2006 die Ergänzungsstichprobe H eingeführt, welche in unserer Auswertung ab 2007 enthalten ist. Der Einbezug eines neuen Samples könnte ebenfalls den Ausreißer des ostdeutschen Wertes für 2006 erklären. Generell sind die Schwankungen des Niedriglohnanteils in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, weil im SOEP die Fallzahlen für Ostdeutschland geringer sind.

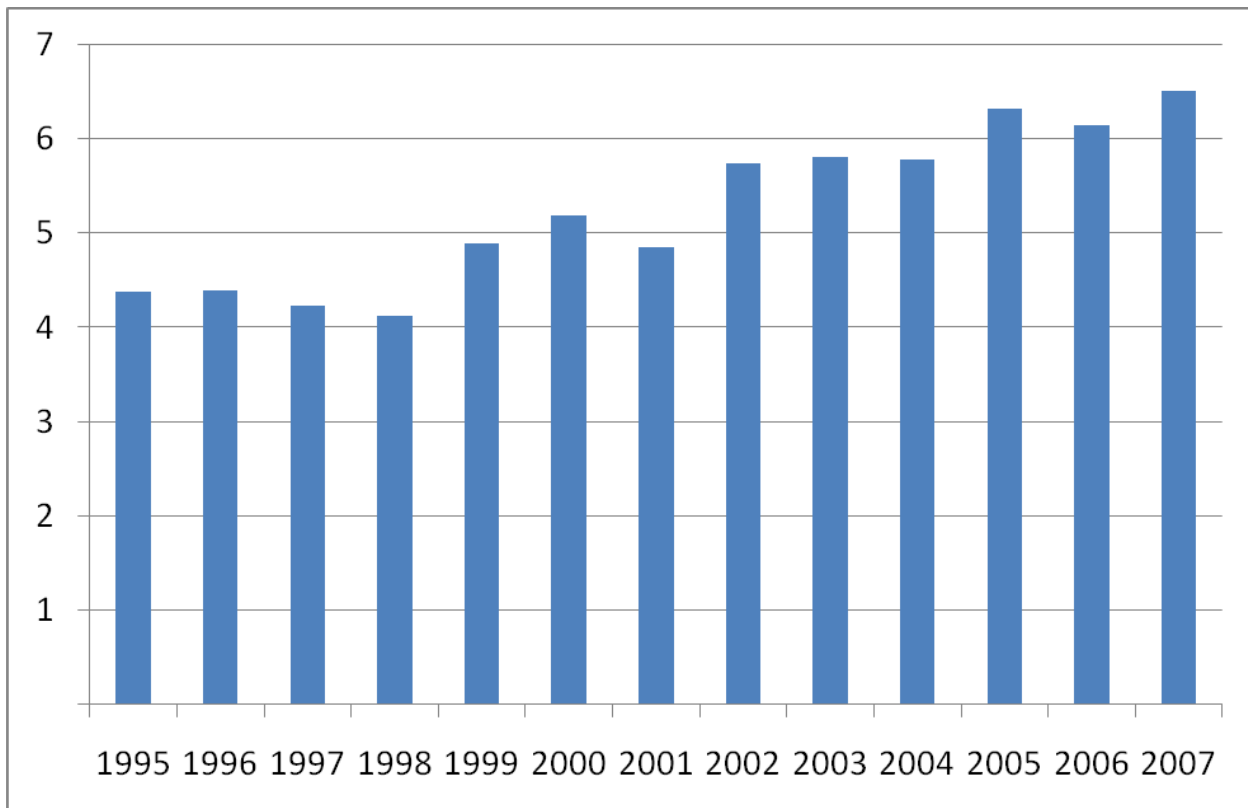
**Abbildung 1: Anteil der Niedriglohnbeschäftigten unter abhängig Beschäftigten – differenzierte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland (inklusive Teilzeit und Mini-jobs, in %)**



Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnungen

Hierbei ist anzumerken, dass wir für 2006 einen Niedriglohnanteil von 22,2% ermittelt hatten (Kalina/Weinkopf 2008a und b). Auf der Basis der hier durchgeführten Berechnungen mit der neuen SOEP-Datenlieferung 2007 hat sich der Anteil für 2006 jedoch auf 21,2% verringert. Die Zahl der Betroffenen im Jahr 2006 lag nach der neuen Berechnung bei 6,146 Millionen und im Jahr 2007 bei knapp 6,5 Millionen. Gegenüber 2006 ist der Niedriglohnanteil im Jahre 2007 also kaum gestiegen (von 21,2 auf 21,5%, also um 0,3 Prozentpunkte), aber die Zahl der von Niedriglöhnen Betroffenen hat sich um rund 350.000 erhöht (Abbildung 2). Dass sich dies kaum auf den Anteil ausgewirkt hat, liegt daran, dass gleichzeitig die Beschäftigung insgesamt zugenommen hat. Im Gesamtzeitraum zwischen 1995 und 2007 ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten um 2,1 Millionen gestiegen, was einem prozentualen Zuwachs von knapp 49% entspricht.

**Abbildung 2: Absolutzahl der Niedriglohnbeschäftigten unter abhängig Beschäftigten – differenzierte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland (inklusive Teilzeit und Minijobs, in Millionen)**



Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnungen

### Struktur der Niedriglohnbeschäftigten

Bevor wir die Lohnentwicklung im Niedriglohnsektor genauer analysieren, wollen wir hier noch einen kurzen Blick auf die Struktur der Niedriglohnbeschäftigten werfen. Hieran hat sich gegenüber 2006 nicht viel verändert, aber es sind zumindest einige interessante Verschiebungen im Vergleich zu 1995 erkennbar.

In den beiden mittleren Spalten von Tabelle 2 wird ausgewiesen, wie hoch der Niedriglohnanteil in verschiedenen Beschäftigtengruppen ist. Hier zeigt sich, dass vor allem Minijobber/innen, aber auch unter 25-Jährige, gering Qualifizierte, Ausländer/innen und Frauen deutlich überproportional von Niedriglöhnen betroffen sind. Gegenüber 1995 ist der Niedriglohnanteil – mit Ausnahme der Minijobber/innen – in allen Beschäftigtengruppen gestiegen, wobei auf Männer die höchste prozentuale Steigerungsrate entfiel, während in Prozentpunkten gemessen die Zunahme bei den befristet Beschäftigten am höchsten war.

Nach Arbeitszeitform differenziert ist festzustellen, dass Vollzeitbeschäftigte in beiden Perioden deutlich seltener von Niedriglöhnen betroffen sind als sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte und insbesondere Minijobber/innen. Allerdings verzeichneten Vollzeitbeschäftigte zwischen 1995 und 2007 den höchsten Zuwachs von Niedriglöhnen.

**Tabelle 2: Niedriglohnanteil und Anteil am Niedriglohnsektor nach Beschäftigtengruppen (Deutschland, alle abhängig Beschäftigten, getrennte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland, in %)**

	Kategorie	NL-Anteil in Kategorie		Anteil am NL-Sektor	
		1995	2007	1995	2007
<b>Qualifikation</b> <sup>4</sup>	Ohne Berufsausbildung	30,4	43,3	32,9	20,8
	Mit Berufsausbildung	13,3	22,6	58,5	70,8
	Universität/Fachhochschule	6,5	7,6	8,6	8,4
<b>Geschlecht</b>	Männer	7,1	13,8	27,7	32,5
	Frauen	24,7	29,3	72,3	67,5
<b>Alter</b>	unter 25	29,3	46,9	14,6	11,0
	25 – 34	14,1	26,0	27,2	25,6
	35 – 44	12,2	18,8	22,8	27,6
	45 – 54	12,9	16,7	20,5	21,5
	55+	16,4	21,1	14,9	14,4
<b>Nationalität</b>	Deutsche	14,2	20,5	88,4	88,7
	Ausländer/innen	20,2	35,4	11,7	11,3
<b>Befristung</b>	Befristet	25,4	43,2	10,8	22,6
	Unbefristet	13,7	16,5	89,2	77,5
<b>Arbeitszeitform</b>	Vollzeit	10,8	14,1	59,2	47,0
	Soz.-vers.-pfl. Teilzeit	21,3	23,3	24,8	22,3
	Minijob	87,7	86,3	16,0	30,7
<b>Gesamt (Deutschland)</b>		14,7	21,5	100,0	100,0

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen

Die beiden rechten Spalten der Tabelle weisen aus, wie hoch der Anteil der aufgeführten Beschäftigtengruppen am gesamten Niedriglohnsektor ist. Hier zeigt sich, dass Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung 2007 nur noch knapp 21% aller Niedriglohnbeschäftigten stellen. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung hat sich deutlich erhöht (von 58,5% in 1995 auf 70,8% in 2007). Nimmt man die Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss hinzu, sind mittlerweile vier von fünf Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland formal qualifiziert.

Fast verdoppelt haben sich gegenüber 1995 die Anteile der befristet Beschäftigten und der Minijobber/innen am gesamten Niedriglohnbereich. Bei beiden Beschäftigungsformen lag dies an ihrer Ausweitung in der Gesamtwirtschaft, bei der befristeten Beschäftigung kommt zudem noch der deutliche Anstieg des Niedriglohnrisikos hinzu.

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich Niedriglöhne nicht auf atypische Beschäftigte oder besondere Personengruppen konzentrieren. Vielmehr ist mit qualifizierten Beschäftigten, den mittleren Altersgruppen, Vollzeit- und unbefristet Beschäftigten zunehmend auch der Kern des Beschäftigungssystems betroffen (vgl. ausführlicher Kalina/Weinkopf 2008a).

## Differenzierte Analyse der Lohnentwicklung im Niedriglohnsektor

Eine Analyse der Entwicklung der Niedriglohnschwellen und der Durchschnittslöhne im Niedriglohnsektor seit 1995 zeigt, dass die Niedriglohnschwellen in den vergangenen zwölf Jahren

<sup>4</sup> War keine Information zum Ausbildungsniveau verfügbar, wurde angenommen, dass diese Fälle anteilsproportional auf alle Ausbildungsniveaus verteilt sind (vgl. zu dieser Vorgehensweise auch Reinberg/Hummel 2002 und Reinberg/Schreyer 2003).

gestiegen sind: in Westdeutschland von 8,21 € auf 9,62 € und in Ostdeutschland von 5,79 € auf 7,18 € (Tabelle 3). In den letzten Jahren sind allerdings kaum noch Steigerungen der Niedriglohnschwellen erkennbar; teilweise sind sie sogar gegenüber dem jeweiligen Vorjahr gesunken. Mögliche Erklärungsfaktoren hierfür sind, dass die Löhne insgesamt kaum gestiegen sind, dass mehr Menschen für Niedriglöhne arbeiten und die im Niedriglohnsektor im Durchschnitt erzielten Löhne gesunken sind. Alle drei Faktoren können sich auf den Median auswirken.

Erste Hinweise darauf, dass innerhalb des Niedriglohnsektors besonders geringe Stundenlöhne an Bedeutung gewonnen haben, liefert ein Blick auf die Entwicklung der *durchschnittlichen* im Niedriglohnsektor erzielten Stundenlöhne. Diese lagen 2007 mit 6,88 € in West- und 5,60 € in Ostdeutschland sowohl absolut als auch relativ weiter unter den jeweiligen Niedriglohnschwellen als noch 1995. In Westdeutschland lag der durchschnittliche Niedriglohn 2007 sogar unter dem Niveau von 2002 und hat sich seit 2004 jährlich verringert. In Ostdeutschland ist der Trend nicht so eindeutig, weil die Werte stärker schwanken, aber auch hier lag der durchschnittliche Niedriglohn 2007 kaum höher als 2003. Zwischen 1995 und 2007 sind die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor sowohl in West- als auch in Ostdeutschland nominal nur leicht gestiegen (von 6,03 € auf 6,88 € in West- und von 4,66 € auf 5,60 € in Ostdeutschland). Inflationsbereinigt lag der durchschnittliche Stundenlohn im Niedriglohnsektor in Westdeutschland im Jahr 2007 mit 5,77 € sogar unter dem Niveau von 1995; in Ostdeutschland ist der durchschnittliche Stundenlohn im Vergleich zu 1995 inflationsbereinigt gerade einmal um 0,03 € gestiegen.

**Tabelle 3: Durchschnittlicher Stundenlohn der Niedriglohnbeziehenden und Niedriglohnschwelle (abhängig Beschäftigte inkl. Teilzeit und Minijobs)**

Jahr	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Durchschnittlicher Niedriglohn		Niedriglohnschwelle	Durchschnittlicher Niedriglohn		Niedriglohnschwelle
	nominal	real <sup>5</sup>	nominal	nominal	real	nominal
1995	6,03	6,03	8,21	4,66	4,66	5,79
1996	6,36	6,27	8,47	4,79	4,72	5,93
1997	6,46	6,26	8,51	4,99	4,83	6,18
1998	6,64	6,36	8,63	4,85	4,64	6,10
1999	6,78	6,46	8,79	5,03	4,79	6,27
2000	6,76	6,35	8,90	4,96	4,66	6,26
2001	6,45	5,94	8,71	5,10	4,71	6,38
2002	6,96	6,33	9,39	5,32	4,83	6,92
2003	7,18	6,45	9,66	5,50	4,95	7,10
2004	7,26	6,41	9,72	5,47	4,84	7,13
2005	7,24	6,31	9,79	5,60	4,88	7,25
2006	6,90	5,92	9,54	4,97	4,26	6,81
2007	6,88	5,77	9,62	5,60	4,69	7,18

Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnung

Ein Absinken des Durchschnittslohns im Niedriglohnsektor kann einerseits bedingt sein durch eine Verringerung der Niedriglohnschwelle und andererseits durch eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten, die für besonders niedrige Löhne arbeiten. Ein Blick auf die Verteilung der Stundenlöhne im Niedriglohnbereich zeigt, dass solche Stundenlöhne im Jahr 2007 eine große Be-

<sup>5</sup> Die Inflationsbereinigung erfolgt auf der Basis des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes aus der Online-Datenbank Genesis. Hiernach lag die Preissteigerung zwischen 1995 und 2007 bei 19,3%.



deutung innerhalb des Niedriglohnsektors hatten (Tabelle 4). Ausgehend von der eingangs definierten Grundgesamtheit, auf die sich die bisherigen Analysen zum Niedriglohnsektor bezogen, verdienen von rund 30 Millionen abhängig Beschäftigten etwa 1,2 Mio. (4%) weniger als 5 € knapp 2,2 Mio. (7,2%) liegen unterhalb von 6 € knapp 3,7 Mio. (12,1%) unterhalb von 7 € und gut 5 Millionen (16,7%) unterhalb von 8 € pro Stunde. Bezogen auf die Niedriglohnbeschäftigten heißt dies, dass knapp ein Drittel von ihnen für einen Bruttostundenlohn von weniger als 6 € arbeiten.

Bezieht man Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen sowie Nebenjobs ein, ergibt sich noch eine weitaus größere Zahl von Beschäftigten in den unteren Stundenlohngruppen. Immerhin knapp 1,9 Mio. Beschäftigte verdienen weniger als 5 € pro Stunde, knapp 3,3 Mio. weniger als 6 € knapp 5,1 Mio. weniger als 7 € und 6,9 Mio. weniger als 8 € pro Stunde. Hier liegt also der Anteil der Beschäftigten mit Niedrigstlöhnen noch deutlich höher: Fast jede/r Zehnte erhält weniger als 6 € brutto pro Stunde.

**Tabelle 4: Verteilung der Stundenlöhne im Niedriglohnbereich, Deutschland 2007 (abhängig Beschäftigte, inkl. Teilzeit und Minijobs)**

Stundenlohn	Abhängig Beschäftigte (Haupttätigkeit)		Abhängig Beschäftigte, sowie Schüler, Student/innen, Rentner/innen (Haupt- und Nebentätigkeit)	
	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil
unter 5 €	1.210.325	4,0%	1.872.506	5,7%
unter 6 €	2.179.953	7,2%	3.262.756	9,9%
unter 7 €	3.652.853	12,1%	5.077.163	15,5%
unter 8 €	5.044.200	16,7%	6.884.693	21,0%
8 € und mehr	25.210.018	83,3%	25.928.203	79,0%
<b>Gesamt</b>	<b>30.254.218</b>	<b>100,0%</b>	<b>32.812.896</b>	<b>100,0%</b>

Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnungen

Im unteren Stundenlohnbereich sind Minijobs besonders verbreitet. Sie machen rund 66% der Beschäftigungsverhältnisse mit einem Stundenlohn von unter 5 € aus (Tabelle 5). In der Gesamtwirtschaft haben sie demgegenüber nur einen Anteil von gut 7%. Aber auch Vollzeitbeschäftigung schützt nicht vor so niedrigen Stundenlöhnen: Immerhin knapp ein Viertel der Beschäftigten, die weniger als 5 € pro Stunde verdienen, sind in Vollzeit tätig. Dies bedeutet, dass sie trotz voller Arbeitszeit im Monat nicht mehr als rund 800 € brutto verdienen. Unter den Beschäftigten, die weniger als 7 € pro Stunde erhalten, stellen Vollzeitbeschäftigte mit gut 45% schon fast die Hälfte der Betroffenen.

**Tabelle 5: Verteilung der Stundenlöhne im Niedriglohnbereich, Deutschland 2007 (abhängig Beschäftigte, inkl. Teilzeit und Minijobs, Haupttätigkeit)**

Stundenlohn	Vollzeit	Teilzeit	Minijob	Summe
unter 5 €	23,8%	10,5%	65,8%	100%
unter 6 €	37,4%	13,8%	48,8%	100%
unter 7 €	45,1%	17,7%	37,2%	100%
unter 8 €	45,1%	21,2%	33,7%	100%
<b>Gesamt</b>	<b>70,5%</b>	<b>22,4%</b>	<b>7,1%</b>	<b>100%</b>

*Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnungen. Abweichungen zu 100% beruhen auf Rundungsungenauigkeiten*

Häufig wird argumentiert, dass von sehr niedrigen Stundenlöhnen vor allem Teilzeitbeschäftigte betroffen sind. Tatsächlich zeigt auch unsere Analyse: Je niedriger die Stundenlöhne sind, desto geringer ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten. Aber auch sie sind nicht vor Niedrigstlöhnen geschützt. Zudem erscheint auch die Annahme, dass Niedriglöhne bei Teilzeitbeschäftigten weniger problematisch seien, überaus fragwürdig. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes (2004) gaben im Mikrozensus rund zwei Drittel der Teilzeitbeschäftigten an, dass sie auf ihren Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhaltes angewiesen seien.

Eine neuere Publikation des IAB verweist zudem darauf, dass ein großer Teil der so genannten Aufstocker/innen – also derjenigen, die Arbeitslosengeld II zusätzlich zu eigenem Erwerbseinkommen beziehen – nicht nur in Teilzeit, sondern auch für (teilweise extrem) niedrige Stundenlöhne arbeitet: Fast 30% der westdeutschen und fast 40% der ostdeutschen Aufstocker/innen verdienen weniger als 5 €brutto pro Stunde. Weniger als 7,50 €pro Stunde erhalten knapp 58% der westdeutschen und deutlich mehr als drei Viertel der ostdeutschen erwerbstätigen Hilfebedürftigen. Die durchschnittlichen Stundenlöhne der Aufstocker/innen lagen bei etwa 7 €in West- bzw. 6 €in Ostdeutschland (Deutschland gesamt: 6,60 €– jeweils brutto) (Dietz et al. 2009: 3). In nicht unerheblichem Ausmaß übernimmt der Staat demnach eine Ausfallbürgschaft für Niedrigstlöhne, weil das Einkommen eben nicht zur Deckung des Existenzminimums ausreicht.

Dass Deutschland auch im Vergleich zu anderen Ländern inzwischen eine fast beispiellose Ausdifferenzierung der Löhne nach unten hat, lässt sich am besten veranschaulichen, wenn man Stundenlöhne nicht absolut, sondern als Anteil des jeweiligen Medianlohnes ausweist. Selbst wenn man für Deutschland hier den (niedrigeren) Wert für Gesamtdeutschland von 13,79 € zugrunde legt, so liegen Stundenlöhne von unter 5 €bei 36,3% und Stundenlöhne unter 6 €bei 43,5% des Medians. Zum Vergleich: Die meisten anderen Länder haben verbindliche Lohnuntergrenzen in Form gesetzlicher Mindestlöhne, die zwischen 38 und 50% des jeweiligen Medians liegen. So niedrige Stundenlöhne wie in Deutschland sind hier also überwiegend unzulässig.

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Unsere Analyse hat gezeigt, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen hat – inzwischen arbeitet mehr als jede/r fünfte Beschäftigte für Stundenlöhne unterhalb der Niedriglohnschwelle. Insgesamt liegt die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten im Jahr 2007 damit bei rund 6,5 Millionen Beschäftigten. Gegenüber 2006 ist zwar der Niedriglohnanteil nur geringfügig gestiegen, aber die Zahl der Betroffenen hat sich um rund 350.000 merklich erhöht. Von einer „Trendumkehr“ kann daher nach unserer Einschätzung

keine Rede sein, sondern allenfalls – und nur bezogen auf den Niedriglohnanteil – von einer Stagnation auf hohem Niveau. Seit 1995 hat sich die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten um rund 2,1 Millionen erhöht, was einem prozentualen Zuwachs von knapp 49 % entspricht.

Die Auswertungen der Lohnentwicklung im Niedriglohnsektor haben zudem gezeigt, dass die durchschnittlichen Stundenlöhne von Niedriglohnbeschäftigten in den vergangenen zwölf Jahren inflationsbereinigt nicht gestiegen bzw. in Westdeutschland sogar gesunken sind. Selbst nominal waren diese in den vergangenen Jahren rückläufig. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass das Lohnspektrum in Deutschland nach unten ausfranst. Dies belegen auch die Analysen zur Struktur der Niedriglohnbeschäftigten nach Stundenlohnstufen, die gezeigt haben, dass 2007 fast 2,2 Millionen Beschäftigte (7,2%) für weniger als 6 €brutto pro Stunde arbeiteten. Gut 1,2 Millionen bzw. 4% der Beschäftigten verdienten sogar weniger als 5 €. Wenn man Beschäftigtengruppen wie Schüler/innen, Studierende, Rentner/innen sowie Nebenjobs mit einbezieht, steigt der Anteil der Beschäftigten, die Stundenlöhne von unter 6 € erhalten, sogar auf fast 10% aller Beschäftigten (knapp 3,3 Millionen Beschäftigte).

Von Gegner/innen eines gesetzlichen Mindestlohnes wird häufig argumentiert, dass Beschäftigte mit sehr niedrigen Stundenlöhnen vorwiegend in Teilzeit beschäftigt seien und auf ihren Verdienst zur Sicherung des Lebensunterhaltes nicht angewiesen seien. Unsere Analyse bestätigt zwar, dass bei sehr geringen Stundenlöhnen ein hoher Anteil der Beschäftigten in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit oder Minijobs tätig ist. Aber schon bei Stundenlöhnen unter 7 € stellen Vollzeitbeschäftigte fast die Hälfte der Betroffenen. Zudem erscheint die Annahme, dass Niedrigstlöhne bei Teilzeitbeschäftigten weniger problematisch seien, überaus fragwürdig: Zum einen ist ein Großteil der Teilzeitbeschäftigten nach eigenen Angaben auf den Verdienst zur Sicherung des Lebensunterhaltes angewiesen. Und zum anderen zeigen Analysen zur Struktur der Aufstocker/innen, deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um ihren Bedarf zu decken und die darum Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben, dass ein großer Teil sowohl von kurzen Arbeitszeiten als auch von sehr niedrigen Stundenlöhnen betroffen ist.

In Deutschland haben sich die Löhne in einem Ausmaß nach unten ausdifferenziert, das in anderen Ländern aufgrund von Mindestlöhnen als verbindliche Lohnuntergrenze nicht möglich ist. In Großbritannien wurde die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes im Jahre 1999 u.a. auch damit begründet, dass es sich der Staat nicht leisten kann (und will), für niedrige Löhne die Ausfallbürgschaft zu übernehmen (Bosch/Weinkopf 2006). In Deutschland wird dies hingegen von Teilen der Politik nach wie vor als staatliche Aufgabe angesehen, obwohl sich selbst auf der Arbeitgeberseite immer mehr Stimmen für branchenbezogene Mindeststandards oder sogar – wie etwa das Gebäudereinigerhandwerk – für gesetzliche Mindestlöhne stark machen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass ein Wettbewerb, der vorrangig über die Löhne ausgetragen wird, auf Kosten der Qualität und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geht.

## Literatur

- Bosch, Gerhard / Kalina, Thorsten**, 2007: Niedriglöhne in Deutschland - Zahlen, Fakten Ursachen. In: Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (Hrsg.): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt/Main: Campus Verl., S. 20-105
- Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia**, 2006: Mindestlöhne in Großbritannien: ein geglücktes Realexperiment. In: WSI-Mitteilungen 59, S. 125-130 [Abstract](#)

- Brenke, Karl**, 2006: Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland – sind Mindestlöhne sinnvoll? In: DIW-Wochenbericht 15/16, S. 197-205 [Volltext](#)
- Brenke, Karl**, 2008: Jahrelanger Trend zunehmender Lohnspreizung gestoppt. In: DIW-Wochenbericht 38, S. 567-570 [Volltext](#)
- Dietz, Martin / Müller, Gerrit / Trappmann, Mark**, 2009: Bedarfsgemeinschaften im SGB II. Warum Aufstocker trotz Arbeit bedürftig bleiben. IAB-Kurzbericht 2/2009 [Volltext](#)
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia**, 2006: Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigung und Minijobs? Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik. IAT-Report, Nr. 2006-03 [Volltext](#)
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia**, 2008a: Konzentriert sich die steigende Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland auf atypisch Beschäftigte? In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4, S. 447-469 [Volltext](#)
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia**, 2008b: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2008-01 [Volltext](#)
- Reinberg, Alexander / Hummel, Markus**, 2002: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten – reale Entwicklung oder statistisches Artefakt? IAB-Werkstattbericht 4/2002 [Volltext](#)
- Reinberg, Alexander / Schreyer, Franziska**, 2003: Studieren lohnt sich auch in Zukunft. IAB-Kurzbericht 20/2003 [Volltext](#)
- Rhein, Thomas / Stamm, Melanie**, 2006: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige. IAB-Forschungsbericht 12/2006 [Volltext](#)
- Statistisches Bundesamt**, 2004: Zwei von drei Teilzeitkräften leben wesentlich vom Arbeitseinkommen. Pressemitteilung Nr.436 vom 14. Oktober 2004. Bonn [Volltext](#)

**Thorsten Kalina ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Flexibilität und Sicherheit“**

**Kontakt: [thorsten.kalina@uni-due.de](mailto:thorsten.kalina@uni-due.de)**

**Dr. Claudia Weinkopf leitet diese Abteilung und ist Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin des IAQ.**

**Kontakt: [claudia.weinkopf@uni-due.de](mailto:claudia.weinkopf@uni-due.de)**

<b>IAQ-Report 2009-05</b>		<b>Redaktionsschluss: 07.07.2009</b>	
<b>Institut Arbeit und Qualifikation</b> <b>Fakultät der Gesellschaftswissenschaften</b> <b>Universität Duisburg-Essen</b> <b>45117 Essen</b>			
<b>Redaktion</b>		<b>IAQ im Internet</b>	
Claudia Braczko <a href="mailto:claudia.braczko@uni-due.de">claudia.braczko@uni-due.de</a>		Homepage: <a href="http://www.iaq.uni-due.de/">http://www.iaq.uni-due.de/</a>	
Matthias Knuth <a href="mailto:matthias.knuth@uni-due.de">matthias.knuth@uni-due.de</a>		IAQ-Reports: <a href="http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/">http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/</a>	
Über das Erscheinen des IAQ-Reports informieren wir über eine Mailingliste: <a href="http://lists.uni-due.de/mailman/listinfo/iaq_report">http://lists.uni-due.de/mailman/listinfo/iaq_report</a>			
Der IAQ-Report (ISSN 1864-0486) erscheint seit 2007 in unregelmäßiger Folge als ausschließlich elektronische Publikation. Der Bezug ist kostenlos.			

## IAQ-Reports zur Niedriglohnbeschäftigung

- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2013: Niedriglohnbeschäftigung 2011:** Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2013-01 [[Download](#)]
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2012: Niedriglohnbeschäftigung 2010:** Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2012-01 [[Download](#)]
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2010: Niedriglohnbeschäftigung 2008:** Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2010-06 [[Download](#)]
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2009: Niedriglohnbeschäftigung 2007** weiter gestiegen: zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2009-05 [[Download](#)]
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2008: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006** bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2008-01 [[Download](#)]